

grünspecht.

www.gruene-luedinghausen.de

Die Zeitung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in Lüdinghausen / Nr. 40 / Mai 2022

EXTRASpecht zur Landtagswahl am 15. Mai 2022



Das Lüdinghauser Klimaschutzkonzept:

Die CDU muss bei der Umsetzung deutlich ehrgeiziger sein

Seit eineinhalb Jahren hat Lüdinghausen ein Klimaschutzkonzept. Bis zuletzt wurde zwischen den Fraktionen und der Verwaltung um die Verabschiedung heftig gerungen. Am Ende wurde das Konzept dann aber doch einstimmig vom Rat verabschiedet. „Läuft!“ könnte man also mit Blick auf den Umweltschutz in Lüdinghausen sagen. Doch wie ist es um den Klimaschutz in Lüdinghausen wirklich bestellt? Es lohnt sich genauer hinzuschauen.

Die anfängliche Euphorie („Hurra, wir haben ein Klimaschutzkonzept“) bekommt schon bei einem Blick auf die Höhe der angestrebten CO₂-Verringerung einen kräftigen Dämpfer. Um lediglich 25 Prozent sollen die CO₂-Emissionen nämlich bis zum Jahr 2035 sinken. Das ist nicht besonders ambitioniert. Die Stadt Münster will zum Beispiel bereits fünf Jahre früher *komplett* klimaneutral sein.

Nur realistisch oder unambitioniert?

Aber wie so oft ticken die Uhren in Lüdinghausen etwas anders. „Wir wollen die Stadtgesellschaft nicht durch unrea-

listische Erwartungen von Anfang an bei ihrem Klimaschutzengagement demotivieren“ – so der von Selbstbeschränkung geprägte Leitgedanke. Nach Einschätzung des Essener Ingenieurbüros Gertec, das mit der Konzepterstellung beauftragt wurde, hat die Kommune nämlich auf viele Faktoren, die den CO₂-Ausstoß betreffen, gar keinen Einfluss. Und so definiert das Lüdinghauser Konzept einen „Kommunalen Handlungsspielraum“, der nach Einschätzung der Konzeptersteller bei eben diesen 25 Prozent liegt.

Windenergie wird ausgebremst

Inzwischen ist jedem klar: Windkraft ist eine zentrale Säule der Energiewende. Ohne Windkraft lassen sich die Klimaschutzziele nicht erreichen. Was aber passiert in Lüdinghausen? Unmittelbar nach der Verabschiedung des Klimaschutzkonzeptes beschloss der Haupt- und Finanzausschuss im März 2021, einem seit vielen Jahren geplanten Windkraftprojekt in der Bauerschaft Elvert die Zustimmung zu verweigern. Dieser Beschluss hat das Projekt völlig unnötig über Monate und Jahre zurückgeworfen.

Widersinniger kann Politik kaum sein. Die Sichtweise auf die umweltfreundliche Windenergie muss sich auch hier vor Ort schleunigst grundlegend ändern. Auch bei Lüdinghausens erstem Windkraftprojekt in Aldenhövel haben Ratsmehrheit und Verwaltung mächtig gemauert. Nahezu zwei Jahrzehnte hat es gedauert, bis die drei Windräder Anfang des Jahres 2018 vollständig ans Netz gehen konnten. Diese systematisch betriebene Blockadepolitik muss endlich durchbrochen werden. Davon würden alle profitieren. Denn Windkraft ist nicht nur eine umweltfreundliche Energiequelle, sie ist auch preiswert und vor allem krisensicher. Und ganz nebenbei spülen die Anlagenbetreiber Gewerbesteuer in das Stadtsäckel.

Neubaugebiete »von gestern«

Während der notwendige Zuwachs bei der Windkraft weiterhin stockt, geht das Wachstum insbesondere bei Einfamilienhäusern in Lüdinghausen weiter, als gäbe es kein Morgen. Mit dem „Eickholter Busch“ im Süden der Stadt und dem „Hesselmanngraben“ vis-à-vis des Antonius-Hauses an der Straße Hinterm Hagen sind zwei weitere Baugebiete in Planung. Sicher: ein begrenztes Flächenwachstum sollte auch in den 20er Jahren des dritten Jahrtausends noch möglich sein. Aber es muss sich mit den Vorgaben, die sich die Stadt Lüdinghausen gegeben hat, zusammenpassen. Allen ist klar: die CO₂-Emissionen der Stadt müssen Jahr für Jahr zurückgehen werden. Wenn in neuen Baugebieten zusätzlicher Wohnraum geschaffen wird, muss das zwingend klimaneutral realisiert werden. Umso unverständlicher ist es, dass entgegen jeglicher Logik bei beiden Vorhaben der Klima-

schutz vollständig ausgeklammert wurde. Standards bei der Gebäudedämmung, bei Baumaterialien oder bei der Energieversorgung? – Fehlanzeige! Denn die örtliche CDU sieht keine Notwendigkeit, den künftigen Bauherren im Bebauungsplan irgendwelche Vorgaben zu machen, die auch nur einen Jota über die gesetzlichen Mindeststandards hinausgehen.

Weitere Umweltaußenstellen

Die Liste der umweltpolitischen Fehleinschätzungen der Christdemokraten lässt sich beliebig fortsetzen. Drei Beispiele: *Lichtverschmutzung*: es wird eine zusätzliche Beleuchtung bislang unbeleuchteter Wege beschlossen, ohne die Belange der Tierwelt zu berücksichtigen. *Fotovoltaik*: Grüne Initiativen zur Identifizierung geeigneter Flächen für Freilandanlagen werden im Keim erstickt. *Stadtgrün*: Für das Mikroklima wichtige Stadtbäume werden grundlos abgeholzt, so wie Mitte Februar an der Wilhelmstraße. Zur Erinnerung: Im Dezember 2020 hat sich der Rat der Stadt Lüdinghausen zu dem 2015 in Paris von der Weltgemeinschaft vereinbarten Klimaschutzziel bekannt. In dem Beschluss heißt es wörtlich: „Die Stadt wird ihren Anteil zur Erreichung des Ziels verantwortungsvoll beitragen.“ Die Verhinderung von Windkraftanlagen und der Verzicht auf Klimaschutzstandards dokumentieren allerdings in erschreckender Weise, dass es bei den Christdemokraten mit dem „verantwortungsvollen Handeln“ wohl nicht so weit her ist. Wenn das so weitergeht, drohen die im Klimaschutzkonzept festgelegten Einsparziele krachend zu scheitern.

VON HIER AN GRÜN.



War mal grün: Die Wilhelmstraße.

Baumlose Straße

Verwaltung lässt die Sägen sprechen

In einer Nacht- und Nebelaktion wurden in der Wilhelmstraße die Bäume abgesägt – auf Wunsch der anliegenden Geschäftsleute. Neue Bäume sollen kommen, allerdings sind die erstmal klein und schaffen nicht so viel für das Mikroklima, wie die großen.



Spitzenkandidatin für den Landtag in Nordrhein-Westfalen:
MONA NEUBAUR Seite 2

WEITERE THEMEN:

- Runter von der Windkraftbremse** Seite 2
- Grüne Jugend zur NRW-Wahl** Seite 2
- Spitzenkandidatin Mona Neubaur** Seite 2
- Interview mit Dennis Sonne** Seite 3
- Kein Inklusionsbeirat gewünscht** Seite 4
- Bildung für Nachhaltigkeit** Seite 4
- Fotovoltaik auf Dächern** Seite 4

RUNTER VON DER WIND-KRAFT-BREMSE!

NRW: Schwarz-Gelbe Landesregierung fährt Energiewende vor die Wand

Der Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung liegt laut Umweltbundesamt in Deutschland aktuell bei 45 Prozent. Etwa die Hälfte davon entfällt auf die Windkraft. Das mit Abstand größte Problem beim weiteren Ausbau der Windkraft sind laut Umweltbundesamt fehlende Flächen. Zwischen dem Flächenbedarf und der Flächenverfügbarkeit klafft derzeit nämlich eine riesige Lücke. Und dafür sind die Bundesländer verantwortlich.

Wenn wir die Klimaziele erreichen wollen, müssen mittelfristig zwei Prozent der Fläche für den Bau von Windkraftanlagen zur Verfügung stehen. So steht es auch im Koalitionsvertrag der Ampelkoalition. Aufgrund der von den Ländern beschlossenen Einschränkungen wie z.B. Siedlungsabstände, Höhenbeschränkungen, Rotorradius und Ausschluss von Windenergie im Wald reduziert sich die tatsäch-

»Um die Klimaziele zu erreichen und ausreichend erneuerbaren Strom auch für die Industrie bereitzustellen, müsste der Zubau drei Mal so hoch sein wie er aktuell ist«

lich verfügbare Fläche auf gerade mal ein Viertel. Das entspricht einem Leistungspotential der rechtskräftig ausgewiesenen Flächen von gerade mal 20 Gigawatt installierte Leistung. Schon zur Erreichung der Klimaziele der alten Bundesregierung wären bis 2030 aber mindestens 71 Gigawatt erforderlich, also fast viermal mehr als derzeit rechtlich überhaupt zulässig.

Viele Bundesländer bremsen derzeit den Ausbau der Windkraft – je nach politischer Couleur mal mehr, mal weniger. Das gilt auch für NRW. Nur 83 Anlagen mit gerade mal 331 Megawatt wurden hier im vergangenen Jahr errichtet. „Um die Klimaziele zu erreichen und ausreichend erneuerbaren Strom auch für unsere Industrie bereitzustellen, müsste der Zubau drei Mal so hoch sein wie er aktuell ist“, so Wibke Brems, energiepolitische Sprecherin der GRÜNEN im NRW-Landtag.

NRW verpasst selbst gesteckte Ausbauziele

Auch wenn die NRW-Landesregierung immer wieder versucht, die Verantwortung auf den Bund abzuschieben: Die niedrigen Ausbauzahlen sind direktes Ergebnis einer Windenergieverhinderungspolitik ab Tag eins der Regierungsübernahme durch Schwarz-Gelb im Jahr 2017. In keinem einzigen Jahr hat NRW die selbstgesteckten Ausbauziele erreicht. Das ist wenig überraschend, hat Schwarz-Gelb doch mit immer neuen Vorgaben mehr und mehr Flächen für die Windenergie gesperrt. Maßgeblich dazu beigetragen haben die verschärften Abstandsregelungen, die in NRW von der schwarz-gelben Landesregierung nach 2017 eingeführt worden sind. Obwohl völlig klar war, dass damit der weitere Ausbau der Windkraft in NRW praktisch zum Erliegen kommt, wurde der Mindestabstand zur Wohnbebauung pauschal auf 1.000 Meter festgesetzt. Seitdem stagniert der Bau neuer Windkraftanlagen in NRW auf extrem niedrigem Niveau.

Das alles steht in einem krassen Gegensatz zu den Ausbauzielen der neuen Bundesregierung für die Erneuerbaren Energien. Es ist völlig klar: Die im Koalitionsvertrag der Ampelkoalition für den Ausbau der erneuerbaren Energie vereinbarten Ziele sind nur dann erreichbar, wenn auch NRW als das Energieland Nr. 1 mitzieht. Das gilt nicht zuletzt für die Windenergie, ohne deren Ausbau die Klimaziele auf Bundesebene nicht erreicht werden können.

GRÜNE: Wieder Rückenwind für die Windenergie

Nach Jahren der Verunsicherung und des Gegenwinds wollen DIE GRÜNEN der Windkraft als der wichtigsten erneuerbaren Energie wieder Rückenwind geben. Denn die Windenergie ist zusammen mit der Fotovoltaik das Fundament für Energiewende und Klimaschutz. Pro Jahr sollen in NRW mindestens 200 Windräder ans Netz gehen, auch als Er-

JUNGE GRÜNE zur Landtagswahl

In deinem Alter kannst du sowieso nichts in der Politik bewirken...

Überlasse das mal den Erwachsenen, da bist du noch zu jung für...

Das sind Sätze, die jede*r von uns schon einmal gehört hat. Denn immer noch werden junge und helle Köpfe in der Politik klein gehalten. Aber es ist an der Zeit, sich einzumischen und etwas zu verändern!

Wer kann besser über unsere Zukunft entscheiden als wir selbst? Für uns JUNGE GRÜNE ist klar: Wir stellen uns den Rechten entgegen und wir geben Menschen eine Stimme, die selbst nicht sprechen können. Wir wollen die Gerechtigkeit endlich in den Mittelpunkt stellen! Das schaffen wir nur, wenn wir Menschen vor Ort für Politik begeistern können. Wir stehen für Fortschritt, für Veränderung und vor allem für Verbesserung. Unsere Mitstreiter*innen sind en-

gagiert in den Bereichen Klima- und Umweltschutz und im Kampf gegen Faschismus und Diskriminierung jeglicher Form. Die GRÜNE JUGEND im Kreis Coesfeld braucht frischen Wind und neue Anreize. Wenn Dich unsere Ziele und Einstellungen dazu motivieren, mehr aus Deinem politischen Interesse zu machen und endlich zu handeln, melde dich gerne bei uns!

Ansprechpartner*innen sind:

Richard Mannwald 0157 30670537
richard.mannwald@gmail.com

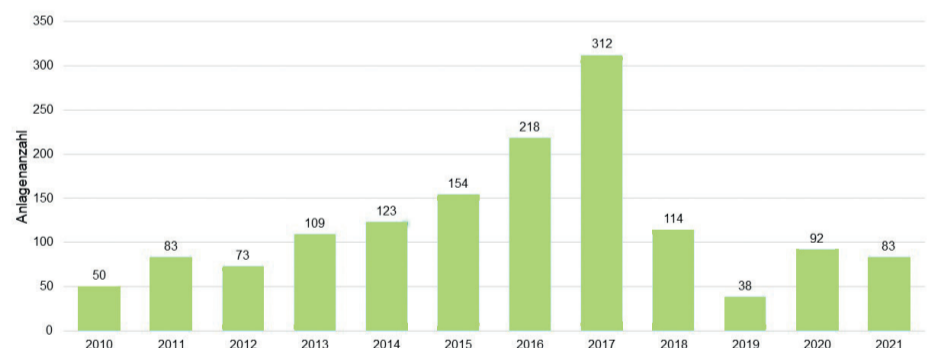
Jenny Kuprianow 0170 6502735
jennykw1406@yahoo.com

Jung. Grün. Stachelig. GRÜNE JUGEND

satz für alte Anlagen (Repowering). Damit das gelingt, müssen auch in NRW zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergie gesichert werden. Feste Mindestabstände zur Wohnbebauung passen damit nicht zusammen und sollen zurückgenommen werden. Außerdem sollen die Umlagen und Abgaben auf Strom und Wärme geändert werden.

Wenn mehr als genug Wind weht und die Sonne scheint, muss es sich lohnen, den Strom zu speichern, statt die Anlagen herunterzufahren. Das sind die Herausforderungen, denen sich die neue Landesregierung stellen muss. Und deshalb ist es so wichtig, dass die GRÜNEN jetzt auch in NRW an der Regierungsverantwortung beteiligt werden.

WINDENERGIE IN NRW: JÄHRLICHER AUSBAU (BRUTTO) ANLAGENANZAHL



Quelle: Fachagentur Windenergie an Land (Stand 12.01.2022)

Mona Neubaur

Mein Plan für NRW.

„Ich will eine andere Politik für NRW – aber auch anders Politik machen. Unser Land – die Herzkammer von Industrie, von Mittelstand und Handwerk – verdient eine grüne Zukunft. Mit Visionen für morgen und Plänen für heute. Ich bin überzeugt, dass der Aufbruch hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft nur gelingt, wenn alle daran teilhaben und ihn mitgestalten können.“



Klimaschützerin. Optimistin. Spitzenkandidatin der GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen.

Mona Neubaur kommt am 1. Mai nach Lüdinghausen!

Auf ihrer Tour durch NRW wird unsere Spitzenkandidatin Mona Neubaur am Tag der Arbeit, **Sonntag, 1. Mai** auch einen Stopp in Lüdinghausen einlegen. **Sie können dabei sein** und unsere Spitzenkandidatin sowie unseren Direktkandidaten Dennis Sonne persönlich kennen lernen. In der Zeit **von 17 bis 19 Uhr** wartet **am inklusiven Calisthenics-Park**, Westfalenringstadion ein buntes Programm mit musikalischen, sportlichen und politischen Beiträgen auf Sie.

Die am Veranstaltungstag geltenden Corona-Bestimmungen sind natürlich zu beachten.

DENNIS SONNE: VON HIER AN GRÜN

ALLE
STIMMEN
FÜR DEN
WANDEL.

Gespräch mit dem Direktkandidat der GRÜNEN zur NRW-Landtagswahl am 15. Mai

GRÜNSPECHT: „Von hier an grün“ – das ist der Wahlkampflogan der GRÜNEN zur Landtagswahl in NRW. Was bedeutet das für Dich persönlich?

„Von hier an grün“ bedeutet für mich alles, was ich persönlich mit der Partei der GRÜNEN in Verbindung bringe. Das sind zunächst die Themen Klimapolitik, Umwelt- und Tierschutz, Verkehrswende und Gerechtigkeit. Als grüner Sozialpolitiker verkörpert der Slogan für mich aber auch das Streben nach einer sozialgerechten zukunftsgewandten Gesellschaft. Dies bedeutet zum einen, dass die nötige Energiewende sozioökonomisch gestaltet wird. Zum anderen bedeutet es aber auch, dass durch den Ausbau von Teilhabe und Digitalisierung sowie durch stärkere Präsenz der Vielfalt unseres Landes in Politik und Öffentlichkeit NRW grün, sozial und vielfältig wird.

Was genau meinst Du mit „vielfältig“?

Das Grüne Wahlprogramm ist sehr vielfältig, und das liegt nicht zuletzt an der Mitarbeit von fast 1.000 Menschen. Die Mitglieder der GRÜNEN und viele engagierte parteiunabhängige Menschen haben mehr als 800 Änderungsanträge in die

Diskussion eingebracht. Sowohl Verbände als auch Privatpersonen haben also am Programm aktiv mitgearbeitet - und genau das macht es so vielfältig. Diese Partizipation spiegelt sich auch in unserem Wahlkampflogan „Von hier an grün“ wider.

Was sind die drei drängendsten Probleme, die die künftige Landesregierung in NRW Deiner Meinung nach angehen muss?

Erstens: sie muss die Inklusion aller Menschen fördern und somit soziale Gerechtigkeit im Bereich Bildung, Kultur, Arbeit und Wohnen gewährleisten. Zweitens: Ausbau und Erneuerung des ÖPNV, um zu einer echten Verkehrswende zu kommen. Und drittens die Energiewende. Entweder wir verändern JETZT etwas, oder wir brauchen in ein paar Jahren über ein Klimaziel gar nicht mehr streiten.

Du sagst: „Ich lebe Inklusion!“ Was genau meinst Du damit?

Als Mensch, der mit Behinderungen lebt, habe ich einen besonderen Blickwinkel auf die Thematik. Ich lebe seit 2004 mit meiner Behinderung und seitdem arbeite ich in unterschiedlichen Bereichen für Barrierefreiheit und mache als Inklusi-

onsaktivist auf Missstände aufmerksam. „Ich lebe Inklusion“ sagt genau das aus. Ich lebe mit Behinderungen, ich spüre jede Barriere und ich habe daher auch die authentische Sicht eines Experten in eigener Sache, um gegen Barrieren vorzugehen. Zudem zeige ich, dass ein Mensch mit Behinderung teilhaben kann und soll. Ich bin Teil unserer vielfältigen Gesellschaft und das heißt für mich: noch bestehende Barrieren gilt es abzubauen, um Inklusion in allen Bereichen zu fördern.

Viele Menschen sind für Inklusion – aber wenn es konkret wird, bleibt Inklusion oft auf der Strecke. Was muss sich ändern?

Inklusion ist ein Menschenrecht. Inklusion muss auf allen Ebenen eingefordert werden, denn Menschen mit Behinderungen werden immer noch diskriminiert und haben oft keinen Zugang zur Gesellschaft. Es ist wichtig, dass sich ein politischer Vertreter im Landtag gegen die soziale Ungerechtigkeit auf diesem Gebiet einsetzt und diese Bevölkerungsgruppen vertritt. Ich will das Gesicht und die Stimme dieser Menschen sein, denn nicht jede*r hat die Möglichkeit die eigene Stimme einzusetzen. Auch ältere Menschen werden über kurz oder lang von Barrierefreiheit profitieren.

Und was kannst Du im Landtag dazu beitragen?

Die Beteiligung der Menschen ist mir sehr wichtig. Ich versuche mich zwar immer in Menschen mit beispielweise Sehbehinderungen oder Lernbehinderungen hineinzusetzen, aber die besten Inputs erhalte ich, wenn ich mich mit den Menschen selbst und den Verbänden, die ihre Interessen vertreten, unmittelbar auseinandersetze. Das will ich tun! Ich werde meine Sicht und die der anderen zwei Millionen Menschen mit Behinderungen aus NRW in den Landtag bringen und für Verbesserung sorgen – das heißt: für Inklusion sorgen!

Du machst im Rat der Stadt Lüdinghausen seit Jahren Kommunalpolitik. Jetzt kandidierst Du für den Landtag in Düsseldorf. Wie geht das zusammen?

Als Kommunalpolitiker stößt man immer wieder an Grenzen. Damit meine ich: an rechtliche Rahmenbedingungen, die auf Landesebene festgelegt werden und die kommunales Engagement oft blockieren.

Wo zum Beispiel?

Im vergangenen Jahr habe ich zusammen mit meiner Fraktion versucht in Lüdinghausen einen so genannten Inklusionsbeirat einzurichten, in dem Betroffene selbst ihre Interessen vertreten können. Ein solches Gremium könnte konstruktive Aspekte in die politischen Diskussionen einbringen, das war aber von der Ratsmehrheit nicht gewollt. Gleiches gilt für einen Jugendbeirat. Aus meinen Gesprächen weiß ich: viele Menschen wollen sich politisch engagieren und ohne Parteiloge wertvolle Inhalte in die Diskussionen mit einbringen. Ich meine: da muss sich etwas ändern, denn Menschen wollen ernst genommen werden und mitbestimmen. Daher werde ich das Thema Beteiligung der Vielfalt auf Landesebene unbedingt angehen. Dazu gehört beispielsweise

die Änderung von Gemeindeordnungen, sodass die Schaffung von Beiräten verpflichtend wird.

Du kandidierst auf Listenplatz 36 für die GRÜNEN in NRW. Reicht das eigentlich für ein Landtagsmandat?

Im NRW-Landtag sitzen derzeit 200 Abgeordnete. Erhalten die GRÜNEN am 15. Mai 18 Prozent der Wählerstimmen, komme ich sicher in den Landtag. Natürlich werde ich in der Wahlkampagne mit vollem Engagement auch für ein Direktmandat, also die meisten Erststimmen in meinem Wahlkreis, eintreten und mich dann über ein gutes Ergebnis freuen. Dennoch ist klar, dass die Zweitstimme sehr wichtig ist, denn diese entscheidet letztlich darüber, wie viele Sitze eine Partei im Landtag über die Reserveliste bekommt.

Und wie schätzt Du persönlich Deine Chancen ein?

Ich bin sehr zuversichtlich, denn ich bin mir sicher: immer mehr Menschen erkennen die Notwendigkeit eines Wandels. Und ich habe viele motivierte und mitreißende Parteifreund*innen, die sich in den nächsten Wochen aktiv in die Wahlkampagne einbringen. Sorgen wir in unserem Wahlkreis mit der Erststimme für SONNE und mit der Zweitstimme für die GRÜNEN, sorgen wir für ein historisches Ergebnis und bringen wir Vielfalt, soziale Gerechtigkeit und einen klimapolitischen Wandel in den Landtag NRW!



Unser Direktkandidat Dennis Sonne

Dennis Sonne ist in Olfen aufgewachsen und wohnt in Lüdinghausen.

Seit elf Jahren ist er bei den GRÜNEN aktiv, seit 2020 ist er Ratsmitglied.



Direkt zur Webseite
von Dennis Sonne

www.dennis-sonne.de



Direkt zur Webseite
der GRÜNEN
Lüdinghausen

www.gruene-luedinghausen.de



Mitsprache der Betroffenen nicht gewollt?

Inklusionsbeirat in Lüdinghausen wird von CDU und Verwaltung abgelehnt

In den letzten dreißig Jahren hat sich der Blickwinkel auf die Arbeit im sozialen Bereich verschoben. Nicht Fachleute entscheiden über die Köpfe der Betroffenen hinweg, man geht vielmehr von der Gleichwertigkeit jedes einzelnen Individuums aus, ohne dass dabei Normalität vorausgesetzt wird.

Das gilt auch für die Arbeit mit und für Menschen mit Behinderungen und chronisch Erkrankte. Das entspricht auch den von der UN verabschiedeten siebzehn Nachhaltigkeitszielen, zu denen auch Inklusion gehört.

Das bedeutet: nicht die einzelne Person ist gezwungen, bestimmte Normen zu erfüllen, vielmehr ist es die Gesellschaft, die Strukturen schaffen muss, in denen sich Personen mit Besonderheiten einbringen und so auf die ihnen eigene Art wertvolle Leistungen erbringen können. Sowohl der Kreis Coesfeld als auch das Land NRW haben dies erkannt. Ein möglicher Weg zu diesem Ziel ist die Einrichtung eines Inklusionsbeirats. Denn dort können die Betroffenen selbst ihre Anliegen einbringen und ihren politischen Willen unmittelbar zum Ausdruck bringen.

Das will auch der Kreis Coesfeld. Zusammen mit den Menschen mit Behinderungen und den chronisch Erkrankten sollen Wege gefunden werden, wie diese als Expertinnen und Experten in eigener Sache ihre Anliegen und Erfahrungen zur Teilhabe und Inklusion einbringen können. Deshalb hatte der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Kreistags bereits Anfang 2020 beschlossen, mehrere Auftaktveranstaltungen durchzuführen. Der Beschluss war einstimmig. Dabei setzt der Kreis Coesfeld auf dem Projekt „Politische Partizipation Passgenau!“ der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe NRW des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW auf.

CDU in Stadtrat und Kreistag gehen derzeit unterschiedliche Wege

Diesen vom Kreis Coesfeld vorgezeichneten Weg der politischen Teilhabe für Menschen mit Behinderungen und chronisch Erkrankte wollten die GRÜNEN jetzt auch in Lüdinghausen umsetzen. Zusammen mit anderen Betroffenen beantragte deshalb Ratsmitglied Dennis Sonne, der selber auf einen Rollstuhl an-

gewiesen ist, einen Inklusionsbeirat zu gründen, in dem sich, wie auch von den Vereinten Nationen gefordert, die Betroffenen selbst einbringen können. Doch sowohl die Verwaltung als auch die CDU-Fraktion lehnten diesen Antrag ab. Gegen den ausdrücklichen Wunsch von Betroffenen soll nun stattdessen ein ehrenamtlicher Inklusionsbeauftragter bestellt werden. Weiterhin werden also andere für Menschen mit Behinderungen und chronisch Erkrankte entscheiden, was gut für sie ist, anstatt sie selbst mitreden zu lassen. Überdies ist davon auszugehen, dass ein nur ehrenamtlich tätiger Inklusionsbeauftragter die Vielfalt der anstehenden Aufgaben gar nicht bewältigen können.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass die gesamtgesellschaftliche Diskussion der vergangenen Jahre zur Teilhabe der Betroffenen sowohl an der CDU-Mehrheitsfraktion im Lüdinghauser Rat als auch an der Stadtverwaltung vorbeigegangen ist. Vielleicht fragen die CDU-Ratskolleg*innen mal bei ihrer eigenen Kreistagsfraktion nach, wie man heute mit dem Thema Inklusion zeitgerecht und für die Betroffenen angemessen umgeht.

Politische Partizipation Passgenau!

Günstig wohnen auf kleiner Fläche: Tiny Houses



Warum nicht auch in Lüdinghausen? Auf Antrag der GRÜNEN prüft die Verwaltung, inwieweit die Wohnform Tiny House zukünftig auch in Lüdinghausen und Seppenrade einen Beitrag zur Vielfalt liefern kann.

Globale Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen umsetzen

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist Teil der Grünen DNA

Im Wahlprogramm der GRÜNEN ist niedergelegt, dass in der Bildungspolitik ein Schwerpunkt im Bereich „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ gelegt werden soll. Die grüne Landesarbeitsgemeinschaft Bildung und Schule geht noch weiter:

»Die neue Legislaturperiode sollte im Zeichen der sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft stehen, um das Öko-System Erde für heutige und zukünftige Generationen zu schützen und mehr Gerechtigkeit in allen Bereichen der Bildung herzustellen. Wir brauchen langfristige Entwicklungsstrategien, die sich am Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung ausrichten.«

Bereits im Jahr 2017 legte Deutschland einen „Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ vor: 130 Ziele und 349 konkrete Handlungsempfehlungen sollen in allen Bildungs-

bereichen dazu führen, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung strukturell in der deutschen Bildungslandschaft verankert wird.

Die Vereinten Nationen forderten bereits 1992 und verstärkt noch einmal im Jahr 2015 die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele. Diese 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung bilden den Rahmen für die Bewältigung der immensen Herausforderungen ab, vor denen die Weltgemeinschaft steht: u.a. Armut, Geschlechtergerechtigkeit, weltweite Gesundheitsgefahren, häufiger auftretende und an Intensität zunehmende Naturkatastrophen, die Erschöpfung der natürlichen Ressourcen und der Klimawandel.

Die Umsetzung dieser Ziele wurde von allen 193 Mitgliedsstaaten in der Agenda 2030 beschlossen. Kinder, Jugendliche und Erwachsene sollen befähigt werden, Antworten auf die dringenden Fragen zu finden, wie wir mit unseren Entscheidungen und Handlungen dazu beitragen können, dass wir global mehr Nachhaltigkeit erreichen. Dazu sind „kreative Ideen, Visionen und Gestaltungsmut notwendig“, und auch eine konsequente „Be-

teiligung junger Menschen am Wandel unseres Bildungssystems“, wie im Vorwort zum Nationalen Aktionsplan zu lesen ist. Leider waren diese Pläne und Ideen lange Zeit nur wenigen Expert*innen und engagierten Personen ein Begriff. Erst durch die zunehmend dramatische Entwicklung der Klimakrise, die Bewegung „Fridays for Future“ und auch die gravierenden Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das gesamte Bildungswesen gelangten sie wieder stärker in den Fokus. Größere und kleinere Organisationen und Initiativen haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Bildungslandschaft in Deutschland dauerhaft und nachhaltig zu verändern. Kitas, Schulen und Hochschulen machen sich auf den Weg, um an der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zu arbeiten. So wurde z. B. von der Initiative „Schule im Aufbruch“ und der ehemaligen Schulleiterin Margret Rasfeld der FREI DAY entwickelt. Hierbei handelt es sich um ein Lernformat, an dem sich Schüler*innen an einem Tag in der Woche mindestens 4 Stunden mit eigenen Zukunftsfragen beschäftigen. Sie entwickeln Projekte und führen sie in jahrgangsübergreifen-

den Teams durch. Dabei arbeiten sie selbstorganisiert, interdisziplinär und vernetzen sich mit Expert*innen. Sie setzen ihre Projekte vor Ort um und erwerben dabei Zukunftskompetenzen und übernehmen Verantwortung für sich, andere und die Gesellschaft.

Vor Ort in Lüdinghausen ist das Biologische Zentrum als BNE-Regionalzentrum für den Kreis Coesfeld im BNE-Landesnetzwerke NRW anerkannt. Im Rahmen des Landesprogramms „Schule der Zukunft“ und des Programms „BNE und Kita“ werden umfangreiche Fortbildungen für Schüler*innen, Erzieher*innen und Lehrer*innen angeboten.

Eine Auswahl an weiterführenden Informationen finden Sie hier:

www.biologisches-zentrum.de

www.sue-nrw.de (Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW)

www.bne-portal.de

www.frei-day.org

Mehr Fotovoltaik auf städtischen Dächern

Forderung der Grünen Ratsfraktion findet über alle Parteigrenzen hinweg Zustimmung

Die Mittel für den Bau von PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden im Haushalt 2022 werden deutlich aufgestockt. Das war eine der drei Bedingungen, von denen die GRÜNEN ihre Zustimmung zum Haushalt 2022 abhängig gemacht hatten. Der Stadtrat stimmte einer entsprechenden Forderung der bündnisgrünen Ratsfraktion über alle Parteigrenzen hinweg zu. Während ursprünglich nur 400.000 EUR vorgesehen waren, steht jetzt im laufenden Haushaltsjahr mehr als das Doppelte für den Ausbau der Fotovoltaik zur Verfügung.

Die bisherigen Klimaschutzaktivitäten in Lüdinghausen waren eher verhalten, doch scheint der Wind sich jetzt allmählich zu drehen – zumindest bei der Solarstromerzeugung. Die grüne Ratsfraktion wird sehr genau darauf achten, dass der aufgestockte Etatansatz auch tatsächlich ausgeschöpft wird. Zum Ende des Jahres sollte Fotovoltaik auf städtischen Gebäuden Standard sein.



Stromerzeugung mit Sonnenenergie.

VON HIER AN GRÜN.